

Politikziele

Bericht von Marco Giesselmann, Nico A. Siegel, Thorsten Spengler und Gert G. Wagner

Politikziele im Spiegel der Bevölkerung:
Erhalt der freiheitlich-demokratischen Ordnung
weiterhin am wichtigsten

139

Interview mit Marco Giesselmann

»Die Verbesserung der Pflegequalität ist für alle
Altersgruppen von hoher Relevanz«

152

Am aktuellen Rand Kommentar von Alexander Kritikos

Griechenland: Im neunten Jahr des Stillstands

156



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
84. Jahrgang
1. März 2017

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Johanna Möllerström, Ph.D.
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Prof. Dr. Christian Dreger
Sebastian Kollmann
Ilka Müller
Mathilde Richter
Miranda Siegel
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

Dr. Kai-Uwe Müller

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Der DIW Wochenbericht wirft einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Er richtet sich an die Medien sowie an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Standard-Abo: 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand).

Studenten-Abo: 49,90 Euro.

Probe-Abo: 14,90 Euro für sechs Hefte.

Bestellungen richten Sie bitte an leserservice@diw.de oder den DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg; Tel. (01806) 14 00 50 25, 20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz, 60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz. Abbestellungen von Abonnements spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

NEWSLETTER DES DIW BERLIN



Der DIW Newsletter liefert Ihnen wöchentlich auf Ihre Interessen zugeschnittene Informationen zu Forschungsergebnissen, Publikationen, Nachrichten und Veranstaltungen des Instituts: Wählen Sie bei der Anmeldung die Themen und Formate aus, die Sie interessieren. Ihre Auswahl können Sie jederzeit ändern, oder den Newsletter abbestellen. Nutzen Sie hierfür bitte den entsprechenden Link am Ende des Newsletters.

>> Hier Newsletter des DIW Berlin abonnieren: www.diw.de/newsletter

RÜCKBLLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 40 JAHREN

„Innerdeutscher Handel weiterhin auf Expansionskurs

Im Jahr 1976 hat die DDR ihre Lieferungen im innerdeutschen Handel unerwartet stark erhöht. Es gelang ihr u.a. auch, Maschinen in größerem Umfang in der Bundesrepublik Deutschland abzusetzen. Als Ergebnis hat sich die „Deckungsquote“ ihrer Bezüge (Lieferungen der DDR in vH der Bezüge) verbessert.

Ob sich hiermit allerdings eine grundlegende Veränderung in der Entwicklung des innerdeutschen Handels (IDH) ankündigt, ist zweifelhaft: Das starke Lieferengagement der DDR bedeutete offenbar nur eine regionale Verlagerung der Exportanstrengungen. Die Ausfuhren in andere Richtungen, so in die übrigen westlichen OECD-Länder und auch in die Sowjetunion, haben dagegen stagniert. Die Verbesserung des Saldos in der Warenbilanz des IDH fand ihr Gegenstück in einer Zunahme des Defizits der DDR gegenüber den anderen westlichen Partnern.

Angesichts der Verschlechterung der Terms of Trade ist eine Entpflichtung der DDR – vor allem als Investitionsgüterlieferant – gegenüber der Sowjetunion nicht zu erwarten; auch im Handel mit dem westlichen Ausland ist eine Fortsetzung der extrem unterschiedlichen Entwicklung von Export und Import unwahrscheinlich.

aus dem Wochenbericht Nr. 9+10 vom 10. März 1977

Politikziele im Spiegel der Bevölkerung: Erhalt der freiheitlich-demokratischen Ordnung weiterhin am wichtigsten

Von Marco Giesselmann, Nico A. Siegel, Thorsten Spengler und Gert G. Wagner

Nicht wenige PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen sehen in einer primären Ausrichtung der Politik an ökonomischen Wohlstandsindikatoren eine Schieflage. Angesichts wissenschaftlicher und öffentlicher Diskurse zum Thema Wohlstand analysiert dieser Bericht, wie die Wahlberechtigten in Deutschland die Bedeutung verschiedener Politikziele 2013 und zu Beginn des Jahres 2017 einschätzten. Grundlage sind zwei mit Kantar Public (vormals TNS Infratest) durchgeführte repräsentative Befragungen, in denen die Relevanz verschiedener Politikziele direkt ermittelt wurde. Die Auswahl der Ziele orientierte sich dabei an den von der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ ausgewählten zehn Wohlstandsindikatoren, die die Ergebnisse von Politik quantifizieren, sowie an 20 der 46 von der Bundesregierung ausgewählten Indikatoren, welche die Lebensqualität („Gut leben in Deutschland“) beschreiben sollen. Dieser Bericht zeigt, dass diese Indikatoren tatsächlich von den Bürgerinnen und Bürgern überwiegend als wichtige Politikziele angesehen werden.

An der Spitze der Relevanz lag 2013 wie 2017 der Erhalt der Demokratie. Auf Platz zwei landet 2017 die Verbesserung der Pflege alter Menschen und den dritten Rang nimmt eine wirksamere Bekämpfung der Kriminalität ein, der ein etwas höheres Gewicht als Vollbeschäftigung zugemessen wird. Gleichzeitig zeigt sich, dass die Menschen verschiedene Politikbereiche erkennbar unterschiedlich gewichten. Zusätzlich wird deutlich, dass es auch systematische Unterschiede in der Relevanz von Politikbereichen bei verschiedenen sozialen Gruppen gibt. Nach dem Themenbereich „Geflüchtete“ wurde nicht gefragt, da die Zahl der Geflüchteten in beiden Indikatorensystemen nicht als Politikbereich enthalten ist.

In wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurse zum Thema Wohlstand gilt vielfach die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukt, kurz BIP, als Maßzahl zu eng und überholt. Diese Diskussion nimmt schon seit den frühen 1970er Jahren in der Wissenschaft einen wichtigen, wenn auch wechselnden, Stellenwert ein. In die breite deutsche Öffentlichkeit hat sie durch das Aufkommen postmaterialistischer Bewegungen und der Grünen in den 1980er Jahren Eingang gefunden und schließlich im Anschluss an den von Stiglitz, Sen und Fitoussi vorgelegten Kommissionsbericht auch in Deutschland breite Aufmerksamkeit erfahren.¹ Im Jahr 2011 wurde vom Bundestag daher eine Studien-Kommission („Enquete-Kommission“) eingerichtet, die nach intensiven Konsultationen zwei Jahre später zehn Politikbereiche und Indikatoren zu deren Erfassung vorschlug, darunter noch immer das BIP.²

Einigkeit herrscht in der Enquete, dass ein einziger alternativer Indikator, eine Art „Anti-“ oder „Alternativ-BIP“, aus methodischen und demokratietheoretischen Gründen nicht sinnvoll sein kann. Wenn man verschiedene Aspekte von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität in einen einzigen Messwert verdichteten wollte, müsste man einzelnen Lebensbereichen beziehungsweise Politikzielen eine Gewichtung geben, über die freilich in der Bevölkerung und in den Eliten keine Einigkeit herrscht. Diese Mehrdimensionalität von Ansätzen zur Bestimmung von Lebensqualität sowie die unterschiedliche Bedeutung von Politikzielen zeigen sich auch auf der Angebotsseite des politischen Prozesses. Wie die Analyse von Parteiprogrammen seit vielen Jahren zeigt, variiert

¹ Siehe hierzu Joseph E. Stiglitz, Amartya Sen und Jean-Paul Fitoussi (2010): *Mismeasuring Our Lives*. New York, London. Der Bericht löste eine „Beyond GDP“-Debatte in Wissenschaft, Politik sowie der Öffentlichkeit aus.

² Siehe Deutscher Bundestag (2013): *Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“*. Einer der Autoren dieses Wochenberichtes, Gert G. Wagner, gehörte als sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ (2011 bis 2013) und dem wissenschaftlichen Beirat des Regierungsprojektes „Gut leben in Deutschland“ an (2014 bis 2016).

nicht nur die Bedeutung einzelner Politikziele, sondern auch die inhaltliche Ausrichtung, was beispielsweise im Spektrum der wirtschaftspolitischen Positionen zwischen Regulierung und Liberalisierung sichtbar wird.³ Die zehn vorgeschlagenen Indikatoren der Enquete verstehen sich somit als Orientierungspunkte, die sich in Diskursen zu Wohlstand als alternative Leitbilder der Politik bewähren sollen.

An die Arbeit der Enquete anschließend, hatten Kanzlerin Merkel und Vizekanzler Gabriel gemeinsam das Regierungsprojekt „Gut leben in Deutschland“ aufgesetzt und zum Querschnittsprojekt der großen Koalition erklärt.⁴ Zur Ermittlung der Wichtigkeit von Politikbereichen wurden über 200 „Bürgerdialoge“ durchgeführt, die von ihr selbst und größtenteils von Verbänden und anderen gesellschaftlichen Organisationen organisiert wurden. Zudem beantworteten etwa 10 000 Menschen online oder per Postkarte die Leitfragen des Bürgerdialogs: „Was ist Ihnen persönlich wichtig im Leben?“ und „Was macht Ihrer Meinung nach Lebensqualität in Deutschland aus?“ Aus den Dialogen und Antworten wurden mithilfe von ExpertInnen zwölf übergeordnete Dimensionen zu Stand und Entwicklung der Lebensqualität destilliert, die anhand von 46 statistischen Indikatoren gemessen werden. Aus konzeptioneller Perspektive unterscheiden sich die hier entwickelten Kategorien in zweifacher Hinsicht von denen der Enquete-Kommission: Erstens speisen sie sich nicht ausschließlich aus Einschätzungen von ExpertInnen, sondern wurden auf Basis deutender Auswertungen von Dialogen zwischen PolitikerInnen und (nicht-repräsentativen) Gruppen von BürgerInnen entwickelt. Zweitens sind die in den Bürgerdialogen erfassten Ausdrucksformen von Wohlstand nicht explizit als *Politikziel* formuliert. Sie definieren folglich nicht zwingend Handlungsaufträge an die Politik. Trotzdem werden sie in diesem Bericht den Indikatoren der Enquete-Kommission zur Seite gestellt und somit explizit auf ihre Wirksamkeit als Politikziel überprüft.

Hier wird die grundlegende Zielsetzung dieses Berichts deutlich: Es geht um die Überprüfung der Relevanz dieser Indikatoren als Politikziele unter der wahlberechtigten Bevölkerung. Für den vorliegenden Bericht sind dazu aus den 46 Indikatoren der Bundesregierung die unserer Einschätzung nach wichtigsten 20 ausgewählt (Tabelle 1), um in einer repräsentativen Erhebung direkt zu erfragen, in welchem Ausmaß die Menschen hierzu-

lande diesen Bereichen eine Rolle als politisches Ziel beimessen.⁵ So wurden Indikatoren, die kurzfristig so gut wie nicht von der Politik beeinflussbar sind, wie etwa der Altersquotient, der die „Alterung“ der Gesellschaft messen soll, nicht bewertet. Wie erwähnt, umfasst unsere Indikatorenliste auch die bereits 2013 abgefragten zehn Bereiche, die die Enquete-Kommission für zentral hielt.⁶ Durch diese Replikation (in einem konstanten Stichprobendesign) ergibt sich die Option, zeitpunktübergreifend die wahrgenommene Wichtigkeit verschiedener Politikbereiche zu vergleichen.

Es ist klar, dass durch die Vorgabe einer Liste andere Politikziele resultieren können als wenn man, wie die Bundesregierung, völlig offen fragt und anschließend die Antworten gemäß der Häufigkeit der Nennung gewichtet. Zudem kommt es auf Details der Formulierung von Fragen an.

Das Thema „Geflüchtete“ sowie das übergeordnete Thema „Migration“ wurde weder von der Enquete noch von der Bundesregierung explizit thematisiert, sondern nur indirekt, etwa im Hinblick auf Bildung und Arbeitsmarkt, angesprochen. Dabei ist klar, dass es aktuell eine große politische Bedeutung hat. Im Rahmen der im Folgenden ausgewerteten Erhebung wurde ohne die Vorgabe von Kategorien auch nach dem derzeit wichtigsten politischen Problem. Eine erste grobe Kategorisierung zeigt, dass viele Menschen die Flüchtlingsthematik an die Spitze der akuten politischen Probleme setzten, wobei eine explizit ablehnende Bewertung nicht im Vordergrund steht. Da dieser Bericht aber explizit auf die Evaluation der institutionell vorgeschlagenen Indikatoren ausgerichtet ist, ist diese Thematik nicht in die abgefragte Indikatorenliste aufgenommen worden.

Es sei noch einmal festgehalten, dass je nach Fragestellung im Detail bei Erhebungen Politikbereiche von Befragten unterschiedlich gewichtet werden. Insofern werfen die folgenden Ergebnisse interessante Schlaglichter auf die Debatte um die unterschiedlichen Dimensionen von Lebensqualität; nicht mehr – aber auch nicht weniger.⁷

⁵ Die Auswahl von 20 Indikatoren erfolgte, um die zeitliche Belastung der Befragten in einer repräsentativen Erhebung in Grenzen zu halten.

⁶ Siehe Marco Giesselmann, Richard Hillmer, Nico A. Siegel et al. (2013): Alternative Wohlstandsmessung: Neun Indikatoren können das Bruttoinlandsprodukt ergänzen und relativieren. DIW Wochenbericht Nr. 9, 3–12.

⁷ Es sei angemerkt, dass es nicht die eine wissenschaftliche Methode gibt, die den „wahren“ Volkswillen bezüglich der Wichtigkeit verschiedener Lebensbereiche unverzerrt und fehlerfrei erfassen kann. Beispielsweise kann man in Umfragen auch offene Fragen stellen; etwa danach was wichtig im Leben ist oder nach der Lebensqualität (wie das die Bundesregierung 2015 getan hat). Die Ergebnisse sind vergleichbar, wenn auch keineswegs im Detail identisch. Da es der Enquete-Kommission und dem Regierungsprojekt zudem um langfristige Entwicklungen ging, wurden aktuelle Probleme nicht in den Vordergrund

³ Siehe zum Beispiel Nicolas Merz und Sven Regel (2013): Die Programmatik der Parteien. In: Oskar Niedermayer (Hrsg.): Handbuch der Parteienforschung. Wiesbaden, 211–238, und Sven Regel (2013): Data Entry and Access: Introducing the Manifesto Project Database (MPDb). In: Andrea Volkens, Judith Bara, Ian Budge et al. (Hrsg.): Mapping Policy Preferences from Texts. Oxford, 195–209.

⁴ Siehe Bundesregierung (2016): Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland (online verfügbar, abgerufen am 12. Februar 2017).

Indikatoren des Wohlstandes: Ein Überblick

Tabelle 1 gibt einen Überblick zu den Indikatoren der Enquete und der Bundesregierung. Insgesamt sind 55 Indikatoren gelistet, die, entsprechend dem Strukturprinzip der Enquete, drei Dimensionen zugeordnet sind. Zur besseren Übersichtlichkeit sind diese Dimensionen weiter in neun Themen aufgegliedert. Diese sind grob angelehnt an das Klassifikationssystem des Berichtes der Bundesregierung. Zehn Indikatoren bilden die Schnittmenge der beiden Projekte und sind in der Tabelle folglich spaltenübergreifend gesetzt. Abgesehen von der *Weiterbildungsquote* und des *globalen Stickstoffausstoßes*, welche durch die Enquete als nachrangige Indikatoren benannt wurden, sind acht dieser zehn Items in beiden unserer Befragungen enthalten. Des Weiteren ist das Item zur *Demokratie*, welches im Bericht der Bundesregierung nicht direkt benannt, sondern über ein Bündel von Indikatoren spezifiziert ist, sowohl 2013 als auch 2017 Bestandteil unserer Befragung. Folglich gibt es insgesamt neun Indikatoren, auf deren Basis zeitpunktübergreifende Analysen durchgeführt werden können. Diese sind fett gedruckt und mit einem Stern gekennzeichnet.

Acht der 55 Indikatoren werden lediglich von der Enquete-Kommission, nicht jedoch im Bericht der Bundesregierung nominiert und befinden sich daher in der linken Spalte von Tabelle 1. Abgesehen vom Item zur *Demokratie* handelt es sich hier, im Sinne der Enquete-Kommission, nicht um Leitindikatoren. Sie sind daher nicht Bestandteil unserer Erhebungen.

In der rechten Spalte befinden sich die 34 Indikatoren, die ausschließlich im Bericht der Bundesregierung, nicht jedoch der Vorschlagsliste der Enquete aufgeführt sind.⁸ Zehn dieser Indikatoren sind ebenfalls Bestandteil unsere Befragung – allerdings nur bei der Erhebung im Jahr 2017. Diese zehn Indikatoren sind fett gedruckt, aber nicht mit einem Stern gekennzeichnet. Der Indikator zur *Stickstoffemission* schließlich, der zu den Leitindikatoren der Enquete-Kommission gehört, wurde lediglich 2013 abgefragt.

Die getroffene Auswahl von Indikatoren des Wohlstandes ließe sich selbstverständlich diskutieren. Im Folgenden soll jedoch nicht die Sinnhaftigkeit einzelner Indikatoren im Vergleich zu alternativen Konzepten und Operationalisierungen erörtert werden – hierzu bieten die vorgelegten Berichte der Enquete-Kommission und der Bundes-

gestellt und der seit der zweiten Jahreshälfte 2015 akute Politikbereich „Ge-flüchtete und Integration“ nicht explizit thematisiert.

8 Insgesamt listet Tabelle 1 folglich 44 Indikatoren des Berichtes der Bundesregierung. Die Abweichung zu den dort genannten 48 Indikatoren ergibt sich durch die Zusammenfassung von Bereichen im Rahmen unserer Befragung.

Tabelle 1

Übersicht zu zu Politikzielen und deren Indikatoren

| Dimensionen | Themen | Indikatoren der Enquete-Kommission (2012) | Indikatoren der Bundesregierung (2016) |
|--|-----------------------|--|--|
| Wirtschaftliche Aspekte | Verteilung | Einkommens- und Vermögensverteilung* Armutsrisikoquote | |
| | Wirtschaftskraft | Bruttoinlandsprodukt (Pro-Kopf Einkommen)* Staatsschuldenquote* Nettoinvestitionsquote Finanzielle Nachhaltigkeit | |
| Soziale Aspekte | Erwerbsbeteiligung | Erwerbstätigenquote* Unterbeschäftigungsquote Arbeitslosenquote Arbeitszufriedenheit Pendeldauer Nahverkehr Vereinbarkeit (Arbeitszeit, Betreuungsquote) Normalarbeitsverhältnisse Lohnhöhe | |
| | Bildung | Bildungsquote* Weiterbildungsquote Abbruchquote Bildungsmobilität | |
| | Gesundheit | Lebenserwartung* Gesunde Lebensjahre Mitgliedschaft in Sportvereinen Verbreitung von Fettleibigkeit Versorgung mit Ärzten Qualität der Pflege Verhältnis Gesundheit/Einkommen | |
| Teilhabe und Freiheit | | Demokratie* Wahlbeteiligung Ehrenamtliches Engagement Grundrechte Einfluss auf Politik Mietkosten Breitbandversorgung Familien und Lebensformen Hilfe durch andere | |
| | | Sicherheit | Kriminalität Kriminalitätsfurcht Hasskriminalität Vertrauen in Polizei |
| Ökologische Aspekte und Nachhaltigkeit | Globale Verantwortung | Entwicklungshilfe Globale unternehmerische Verantwortung Treibhausgasemissionen (global) Artenvielfalt (global) | |
| | Unweltschutz | Treibhausgasemissionen (national)* Artenvielfalt* Stickstoffemissionen (national)* Luftqualität Energieproduktivität | |

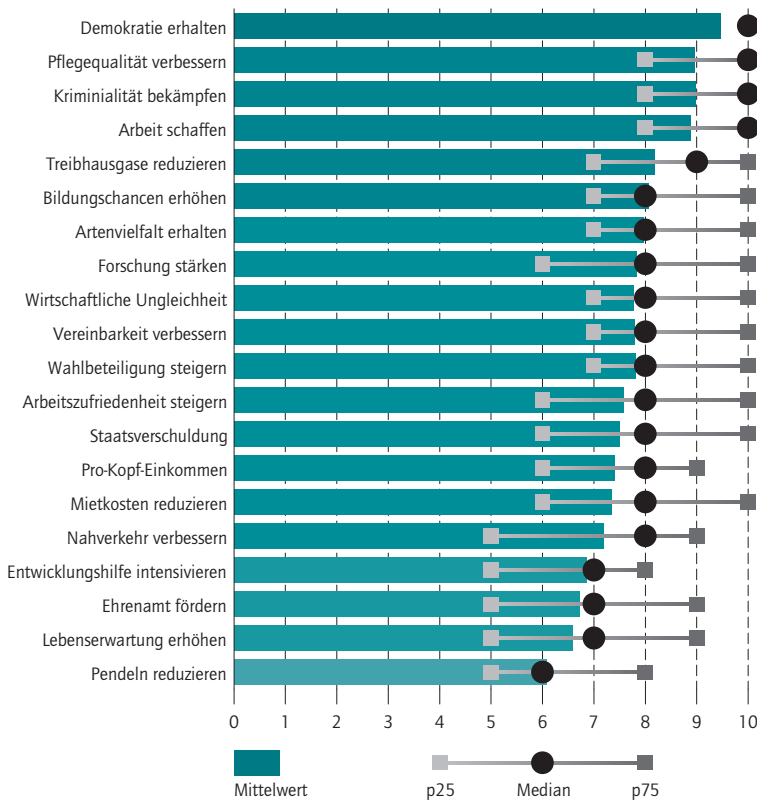
Anmerkung: Fett=Teil der Erhebung in 2017, *=Teil der Erhebung in 2013.

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Bundesregierung (2016): Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland; und Deutscher Bundestag (2013): Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“.

Abbildung 1

Relevanz von Politikbereichen (2017)¹

Befragungsergebnisse (0 = gar nicht wichtig; 10 = sehr wichtig)



¹ Antworten auf die Frage: „Wie wichtig ist Ihnen, dass die deutsche Politik sich um folgende Themen kümmert?“

Quelle: Kantar Public (Januar 2017), 1016 Befragte, Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

Der Erhalt der Demokratie ist für die Befragten der wichtigste der abgefragten Lebensbereiche, um den sich die Politik kümmern sollte.

regierung ausführliches Material an.⁹ Im Folgenden geht es stattdessen darum, empirisch zu zeigen, a) für wie wichtig die von der Enquete-Kommission ausgesuchten Lebensbereiche und die von der Bundesregierung ausgesuchten Indikatoren von den Bürgerinnen und Bürgern angesehen werden, b) in welchem Ausmaß diese Gewichtung streut und c) inwieweit unterschiedliche Gewichte mit sozio-ökonomischen Merkmalen der Menschen und ihren politischen Wertvorstellungen verbunden sind. Zu diesem Zweck hat das DIW Berlin zusammen mit TNS Infratest Sozialforschung (2013) und dessen Nachfolgeinstitut Kantar Public (2017) jeweils eine repräsentative Telefonbefragung der wahlberechtigten Bevölkerung durchgeführt (Kasten 1).

⁹ Deutscher Bundestag (2013), a. a. O., Bundesregierung (2016), a. a. O.

Weiterhin höchste durchschnittliche Wertungen für Bemühungen um den Erhalt der Demokratie

Abbildung 1 stellt die zentralen statistischen Kennwerte der Antwortverteilungen unserer Befragung vom Januar 2017 graphisch dar.¹⁰ Die Balken zeigen dabei das arithmetische Mittel, also den Durchschnitt der Wertungen, an. Die Punkte kennzeichnen den Median: Die Größe der Gruppen oberhalb sowie unterhalb des Medians ist jeweils exakt gleich. Die zusätzlichen schmalen waagerechten Balken zeigen die Spannweite der mittleren 50 Prozent der Einschätzungen an. Die Ränder dieser Balken stellen also das Antwortspektrum des Kerns der Befragten dar und verdeutlichen damit die Streuung der Antworten.

Hohe Streuung bei der Relevanz vieler Politikbereiche bei den Wahlberechtigten

Das wichtigste Ergebnis ist: Es besteht keinesfalls Einigkeit bei der Bewertung der Bedeutung einzelner Politikziele und Lebensbereiche innerhalb der Bevölkerung. Wie schon im Jahr 2013 streuen die Angaben der Befragten deutlich.¹¹ Zwar geben in den meisten Bereichen nur wenige Personen die niedrigen Werte zwischen null und fünf an; aber die Antworten verteilen sich größtenteils breit auf die Spanne von sechs bis zehn, wie die Spannweite der mittleren 50 Prozent der Antworten verdeutlicht. Damit ergibt sich die erste wichtige Schlussfolgerung: Eine einzelne Maßzahl als Alternative zum BIP zu konstruieren, welche die Priorisierungen aller Menschen in der Bevölkerung in gleichem Maße gut abbilden soll, wird der Komplexität der Wohlstandsmessung nicht gerecht.

Beurteilung der Relevanz von Politikzielen hat sich seit 2013 wenig verändert: Erhalt der Demokratie am wichtigsten

Gleichwohl ist die Schwerpunktsetzung im kurzfristigen Zeitverlauf stabil: Trotz der interpersonellen Schwankungen zeigt sich in den durchschnittlichen Wertungen zwischen den Zeitpunkten eine hohe Beständigkeit (Abbildung 2). Hier sind die zeitpunktspezifischen Mittelwerte der neun Bereiche abgebildet, die sowohl 2013 und 2017 abgefragt wurden. An der Spitze liegt, mit einem nahezu unveränderten Durchschnittsgewicht von 9,5, der Erhalt von Demokratie und Freiheit. Auch die Bürgerdialoge der Bundesregierung und eine repräsentativen Erhebung

¹⁰ Die Anordnung der Indikatoren innerhalb der Abbildung orientiert sich in erster Linie an der Höhe des Mittelwertes. Ist dieser bei zwei oder mehreren Indikatoren bis auf die erste Nachkommastelle identisch, wird die Reihung auf Basis des höheren Anteiles mindestens „wichtiger“ Wertungen (>5) vorgenommen.

¹¹ Vergleiche Giesselmann et al. (2013), a. a. O.

Kasten 1

Surveys der Wahlberechtigten

Das DIW Berlin hat 2013 mit TNS Infratest und 2017 mit Kantar Public repräsentative Befragungen zur Relevanz ausgewählter politischer Ziele bei den Wahlberechtigten in Deutschland durchgeführt. Im Jahr 2013 haben Ende Januar 1 012 Befragten jeder der von der Enquete-Mehrheit ausgewählten zehn Indikatoren ein Gewicht zugeordnet, das von null („gar nicht wichtig“) bis zehn („sehr wichtig“) reicht. Mitte Januar 2017 wurde für 1 016 Personen diese Befragung erneut durchgeführt, erweitert um elf zusätzliche Indikatoren aus dem Regierungsbericht zur Lebensqualität in Deutschland. Zusammen mit den Indikatoren aus dem Jahr 2013 werden damit 19 der 46 Indikatoren des Regierungsberichtes abgedeckt.

Die Befragung zu den Indikatoren wurde mit folgendem leicht verständlichen Text eingeleitet: „Die Politik kümmert sich ja um viele Bereiche, die sowohl die persönliche Lage der Menschen direkt betreffen als auch die generelle Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Ich nenne Ihnen nun zehn Bereiche und Sie sagen mir bitte für jeden, ob er Ihrer Meinung nach in der Politik in Deutschland eine wichtige oder keine so wichtige Rolle spielen soll. Bitte nutzen Sie dazu eine Skala von 0 bis 10. ‚0‘ bedeutet, dass der Bereich in der Politik ‚gar nicht wichtig‘ sein soll und keine besondere Rolle spielen sollte. ‚10‘ bedeutet, dass der Bereich in der Politik ‚sehr wichtig‘ sein soll und eine sehr große Rolle spielen sollte. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.“

Zudem stellten die Interviewer bei Rückfragen klar, dass nur die Relevanz für die Politik und nicht die persönliche Einstellung der Befragten zu den Themen gemeint ist. Im Jahr 2013 wurden dabei folgende Themen vorgegeben: „Wie wichtig ist Ihnen, dass die deutsche Politik sich um folgende Themen kümmert:

1. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland,
2. Die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen,
3. Die Staatsverschuldung,
4. dass möglichst viele Leute genug Arbeit haben,
5. die Lebenserwartung der Menschen weiter zunimmt,
6. mehr Schüler einen weiterführenden Schul- oder Ausbildungsabschluss machen,¹

¹ Hier gab es eine zusätzliche Intervieweranweisung: „Bei Nachfragen: Weiterführend bedeutet, dass mehr junge Leute höhere Schulabschlüsse

7. Demokratie und Freiheit in Deutschland erhalten bleiben,
8. der Ausstoß von schädlichen Treibhausgasen, die wir produzieren, reduziert wird,
9. der schädliche Stickstoffüberschuss, den wir produzieren, abgebaut wird,
10. das Artensterben gestoppt und die Vielfalt der Arten erhalten wird.

Bei den ersten drei Bereichen wurde also keine Richtung vorgegeben, da offenkundig nicht alle Menschen mehr oder weniger Einkommen, Ungleichheit und Staatsverschuldung wollen (Das Pro-Kopf-Einkommen wurde hier als leicht verständliche Näherung anstatt des BIP erhoben). Bei den sieben weiteren Bereichen ist eindeutig, was anstrebenswert ist und deswegen wurde – zur Vereinfachung der Beantwortung der Fragen – eine Richtung vorgegeben.²

Im Jahr 2017 wurde Item 9 „Stickstoffüberschuss“ ausgelassen. Es wurden zusätzlich noch folgende Themen vorgegeben:

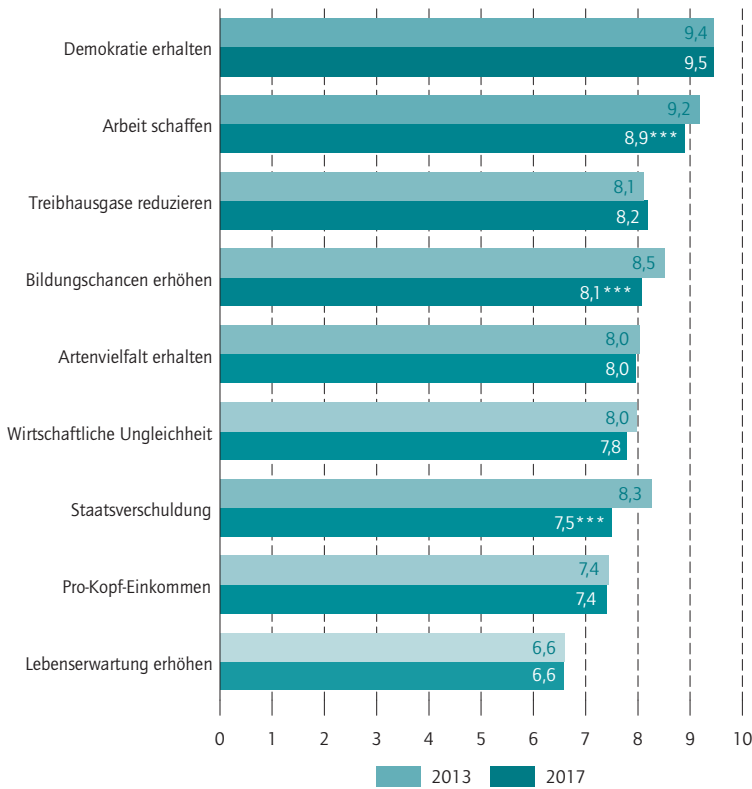
10. die Verbesserung der Qualität der Pflege alter Menschen,
11. eine wirksamere Bekämpfung von Kriminalität,
12. eine bessere Vereinbarkeit von Arbeit, Freizeit und Familie,
13. die Steigerung der Wahlbeteiligung,
14. eine Stärkung der wissenschaftlichen Forschung,
15. eine Steigerung der Zufriedenheit mit der Arbeit,
16. eine Begrenzung der Mietkosten,
17. die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs,
18. dass die Entwicklungshilfe intensiviert wird,
19. eine Erhöhung des Anteils von Menschen, die ein Ehrenamt ausüben,
20. eine Reduzierung des langen Pendelns zur Arbeit.

machen wie zum Beispiel Abitur. Entweder direkt in der Schule oder durch Weiterbildung.“

² Um den Einfluss der Reihenfolge einzelner Fragen auf die Antworten zu minimieren, wurden die Fragen in zufälliger Reihenfolge gestellt. Im Jahr 2013 wurden die Fragen dabei Blockweise randomisiert; Gruppen von jeweils drei Fragen standen dabei immer zusammen, die Reihenfolge der Gruppen wurde aber variiert. Im Jahr 2017 rotierten die Fragen (nahezu) frei über sämtliche Positionen (die Reihenfolge wurde dabei allerdings weitgehend eingehalten). Effekte der Frageposition auf das Antwortverhalten, welche durch die Daten tatsächlich nachgewiesen werden, konnten so kontrolliert werden. Weitere denkbare Methodeneffekte konnten nicht kontrolliert werden: Zum Beispiel könnten der Wortlaut von Fragen und Vorgaben wie die Skala zum Quantifizieren der Bedeutung (zum Beispiel ja/nein oder die benutzte Elf-Punkte-Skala) eine Rolle spielen.

Abbildung 2

Relevanz von Politikbereichen, nach Erhebungsjahr (2013 und 2017)¹
 Befragungsergebnisse (0 = gar nicht wichtig; 10 = sehr wichtig)



*** Veränderung zu 2013 ist statistisch signifikant ($p < 0.001$).
 1 Antworten auf die Frage: „Wie wichtig ist Ihnen, dass die deutsche Politik sich um folgende Themen kümmert?“

Quelle: Kantar Public (Januar 2013 und Januar 2017), 2028 Befragte, Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

Die beurteilte Relevanz verschiedener Politikziele hat sich seit 2013 nur wenig verändert.

zeigen, dass nichts den Menschen als gesellschaftliches Oberziel im Schnitt so wichtig wie der Erhalt der freiheitlichen Demokratie.¹² Die oben formulierte Einschränkung zur begrenzten Verallgemeinerbarkeit der Priorisierungen gilt hier im Grunde nicht: Mehr als 80 Prozent der Bevölkerung halten dieses Politikziel übereinstim-

¹² Vergleiche Gert G. Wagner, Nico A. Siegel und Thorsten Spengler (2017): Froh zu sein bedarf es wenig. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung Nr. 5, 5. Februar 2017, Gert G. Wagner, Martin Bruemmer, Axel Glemser et al. (2017): Dimensions of Quality of Life in Germany: Measured by Plain Text Responses in a Representative Survey (SOEP). SOEPpapers 893, und Julia M. Rohrer, Martin Brümmer und Gert G. Wagner (2017): Wen interessiert Europas Zukunft? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. Januar 2017. Die drei Artikel zeigen, dass bei einer offenen Erhebung dessen, was als wichtig im Leben angesehen wird, insbesondere Frieden weit oben rangiert, wobei etwa ein Drittel explizit sozialen Frieden betonen, etwa ein Drittel äußeren Frieden und etwa ein Drittel den Begriff Frieden nicht näher spezifiziert.

mend für sehr wichtig. Dies ist in Zeiten von populistischen Strömungen mit antidemokratischen Tendenzen in und außerhalb Europas wert, besonders hervorgehoben zu werden.

Beschäftigung, Umwelt und Bildung werden als wichtigere Themen als BIP und Staatsverschuldung angesehen

Die Bedeutung, die der Vollbeschäftigung zugesprochen wird, ist seit 2013 statistisch signifikant gesunken; dies dürfte an der aktuell niedrigen Arbeitslosigkeit liegen. Der Wert von 8,9 ist aber immer noch deutlich höher als die Werte 8,2 und 8,0, die für Klimaschutz und Artenvielfalt angegeben werden. Mehr Schul- und Ausbildungsabschlüsse liegen auf demselben Bedeutungsniveau, welches aber seit 2013 statistisch signifikant um 0,4 Skaleneinheiten gesunken ist.¹³ Die Bedeutung des BIP, erfragt in Form des Pro-Kopf-Einkommens, ist mit einem Durchschnittswert von 7,4 unverändert relativ niedrig; und auch die Bedeutung der Ungleichheit von Einkommen und Vermögen wird mit einem Wert von unter 8 angegeben (die Veränderung von 8,0 auf 7,8 ist statistisch nicht signifikant). Sehr deutlich (und statistisch signifikant) zurückgegangen ist die Bedeutung der Staatsverschuldung; von 8,3 auf 7,5 Punkte. Dies dürfte vor allem an der günstigen Situation des Bundeshaushalts liegen. Dessen gute Lage lässt in der politischen Diskussion zunehmend Stimmen lauter werden, staatlichen Investitionen kreditfinanziert zu stärken statt am Primat der schwarzen Null festzuhalten.

Gute Pflege wichtiger als höhere Lebenserwartung

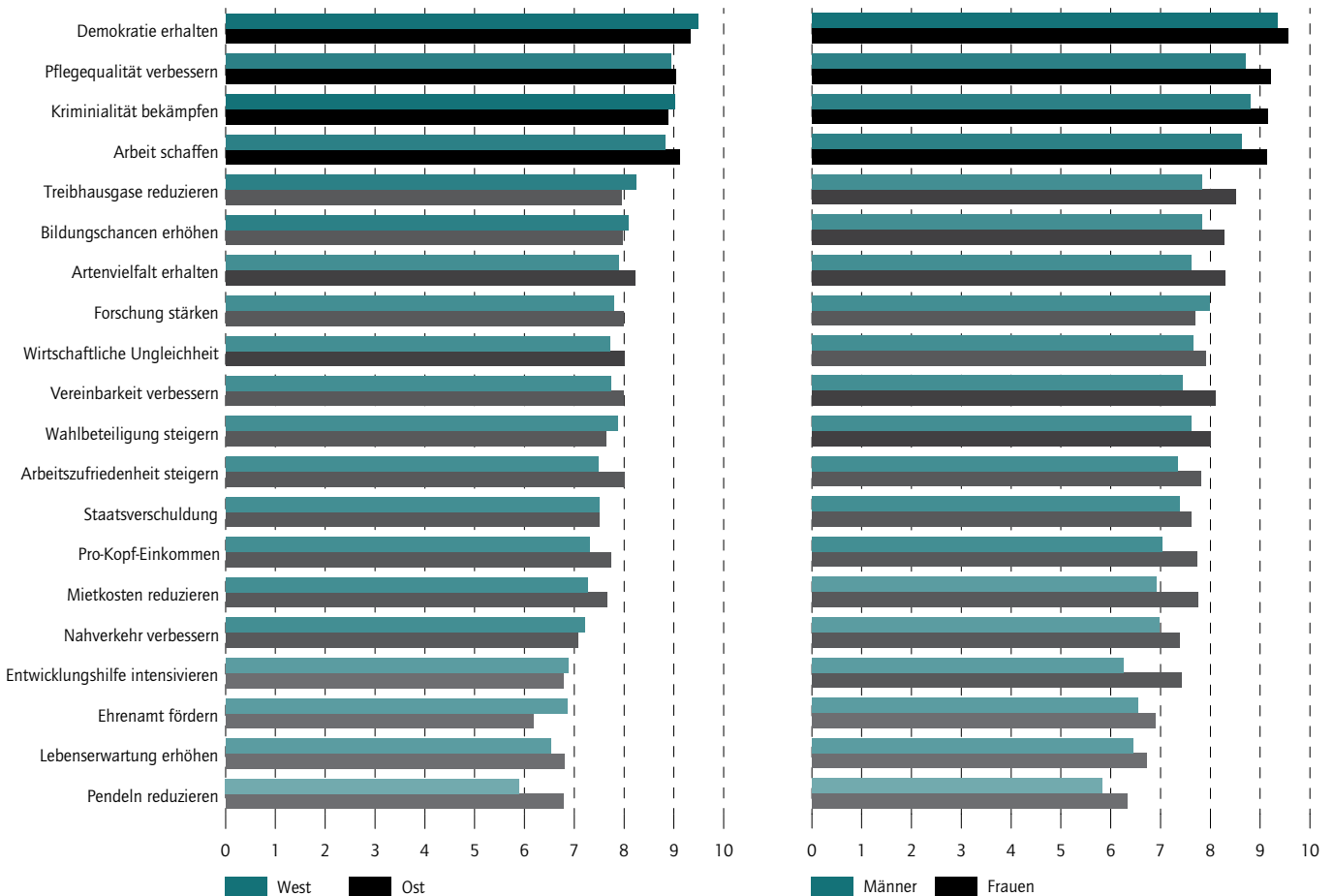
Die geringe Bedeutung, die im Jahr 2013 einer Erhöhung der Lebenserwartung zugeschrieben wurde, wird auch bei der jüngsten Erhebung bestätigt und steht mit einem Gewicht von 6,6 an vorletzter Stelle. Das gleichzeitig sehr hohe Gewicht einer Verbesserung der Qualität der Pflege alter Menschen (2017 erstmalig erfragt und auf Platz zwei liegend, Abbildung 1), deutet darauf hin, dass es den Menschen beim Themenkomplex Gesundheit weniger um eine hohe Lebenserwartung als vielmehr um eine zufriedenstellende Lebensqualität im Alter ankommt. Unter den Indikatoren, die aus dem Bericht der Bundesregierung stammen und 2017 erstmalig erhoben wurden, wird lediglich die Bekämpfung von Kriminalität im Durchschnitt so hoch bewertet wie die Verbesserung der Pflegesituation.

¹³ Gerade mit Blick auf aktuelle migrationspolitische Diskurse, welche Bildungsinitiativen eine zentrale Rolle bei der anvisierten Integration zuschreiben, überrascht dieses Ergebnis. Es mag sein, dass die akuten Eindrücke der Zuwanderung von der Mehrheit der Menschen nicht mit Maßnahmen zusammengebracht werden, die wahrscheinlich sozialen Problemen vorbeugen können.

Abbildung 3

Relevanz von Politikbereichen, nach Region (2017)¹ und Geschlecht (2017)¹

Befragungsergebnisse (0 = gar nicht wichtig; 10 = sehr wichtig)



¹ Antworten auf die Frage: „Wie wichtig ist Ihnen, dass die deutsche Politik sich um folgende Themen kümmert?“

Quelle: Kantar Public (Januar 2017), 1016 Befragte, Berechnungen des DIW Berlin.

Insbesondere Indikatoren mit Bezug zur Arbeitswelt messen Ostdeutsche ein höheres Gewicht zu. Frauen schreiben im Durchschnitt fast allen Politikzielen eine höhere Relevanz zu als Männer.

Befunde zu weiteren Indikatoren

Unter den elf Indikatoren, die erst 2017 abgefragt wurden, liegen drei weitere in der oberen Hälfte des Rankings (Abbildung 1): Die Stärkung der Forschung, die Erhöhung der Wahlbeteiligung sowie die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Diese Indikatoren weisen allesamt durchschnittliche Gewichte von knapp acht Punkten auf.

Ebenso wie die Verbesserung der Entwicklungshilfe, die mit 6,9 Punkten an viertletzter Stelle liegt die Erhöhung der ehrenamtlichen Tätigkeiten, die gemeinhin als positiv angesehen werden, mit 6,8 Punkten im Ranking

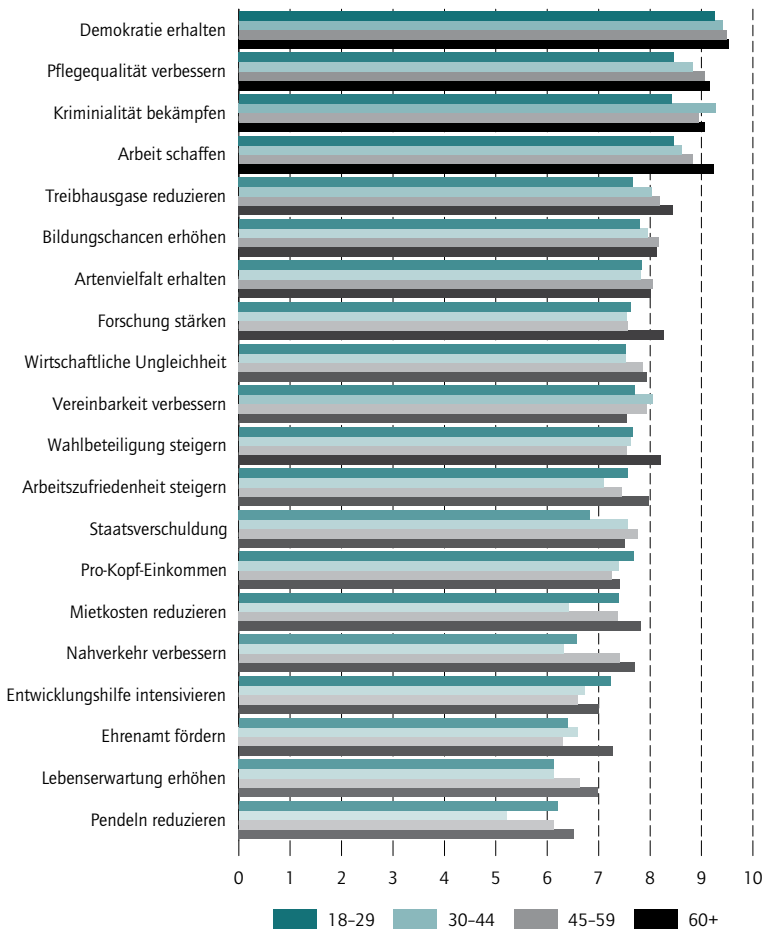
im hinteren Bereich. Angesichts des hohen Ansehens, welches das Ehrenamt in Deutschland genießt, ist dies zunächst ein überraschendes Ergebnis. Möglicherweise stellt die Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit zwar ein wichtiges Anliegen der Bürger dar, wird jedoch nicht als politische Aufgabe wahrgenommen. Gleiches mag für die Reduktion des Pendelns zum Arbeitsplatz gelten, welche am Ende des Rankings liegt.

Wertungen variieren nach demographischen und sozialen Merkmalen

Abgesehen von den vier an der Spitze stehenden Bereichen, über deren Rolle als wichtige Politikziele ein

Abbildung 4

Relevanz von Politikbereichen, nach Alter (2017)
 Befragungsergebnisse (0 = gar nicht wichtig; 10 = sehr wichtig)



Antworten auf die Frage: „Wie wichtig ist Ihnen, dass die deutsche Politik sich um folgende Themen kümmert?“
 Quelle: Kantar Public (Januar 2017), 1016 Befragte, Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2017

Ältere schreiben nicht nur den Politikbereichen, die sie unmittelbar betreffen, eine höhere Bedeutung zu.

nahezu einhelliger Konsens in der Bevölkerung besteht, schwanken die Gewichte der übrigen Indikatoren relativ stark zwischen Personen. Diese Schwankungen weisen zudem bei vielen Indikatoren eine nach sozio-demographischen und politischen Gruppen differenzierte Systematik auf. Daher ist analysiert worden, welche persönlichen Merkmale für unterschiedliche Priorisierungen ausschlaggebend sind. Für die bereits 2013 untersuchten neun Indikatoren können wir zudem die Stabilität sozio-demographischer Einflüsse untersuchen.

Deskriptive Befunde zeigen deutliche Differenzierung nach Geschlecht, Region, Alter und Parteipräferenz

Für Ostdeutschland liegen teils deutlich höhere Bedeutungszuschreibungen als für Westdeutschland vor (Abbildung 3, linkes Panel). Dies gilt insbesondere für die Politikziele *Pendelreduktion* und *Arbeitszufriedenheit*. Auch neigen Frauen in nahezu allen Bereichen zu deutlich höheren Wertungen als Männer (Abbildung 3, rechtes Panel). Dieser Befund lag bereits in der Umfrage von 2013 vor, zeigt sich nun aber deutlich verfestigt. Besonders stark hiervon betroffen sind nach wie vor die nachhaltigkeitsbezogenen Indikatoren *Artenvielfalt* und *Treibhausgase*, sowie *Entwicklungshilfe*. Bei den Altersgruppen fällt auf, dass fast allen Politikzielen mit zunehmendem Alter auch eine höhere Bedeutung zugemessen wird (Abbildung 4). Dies ist besonders stark in solchen Bereichen ausgeprägt, welche in der Lebenswelt älterer Menschen eine große Rolle spielen: *Ehrenamtliche Betätigung*, *Lebenserwartung* und *Nahverkehr*. Es betrifft allerdings auch einige der Politikbereiche, deren Ausgestaltung eher für jüngere Personen relevant ist, wie *Arbeit*, *Forschung*, *Pendelreduktion*. Daher liegt hier nicht der Befund besonders egoistischer Wertungsmuster älterer Personen vor.

Ogleich sich bei den Wertungen der meisten Indikatoren die Anhänger verschiedener Parteien nicht substantiell voneinander unterscheiden, finden sich doch einige bemerkenswerte Unterschiede in den Bedeutungszuschreibungen nach Parteipräferenz. Auf diese und weitere Unterschiede wird im Folgenden eingegangen, wobei mit Hilfe der Regressionsanalyse auch deutlich wird, welche Unterschiede statistisch signifikant sind und welche nicht.

Regressionsanalysen weisen statistisch signifikante Einflüsse insbesondere des Geschlechts und der Parteipräferenz aus

Für jeden der zwanzig Indikatoren wurde ein Regressionsmodell gerechnet (Kasten 2). Tabelle 2 umfasst die Indikatoren der Enquete-Kommission, für deren Einflussfaktoren auch Zeitvergleiche möglich sind; Tabelle 3 stellt die Ergebnisse zu den Indikatoren der Bundesregierung dar. Die zugrundeliegende Fallzahl ist jeweils geringer als die Fallzahl der Stichprobe, da nicht alle Befragten Angaben zu jeder Frage gemacht haben.

Die ersten Zeilen der Tabellen 2 und 3 zeigen regionenspezifische Unterschiede und bestätigen weitgehend die Tendenz der unbereinigten Ost-West Disparitäten (Abbildung 3, rechtes Panel). Während jedoch die deskriptiven Befunde deutliche Unterschiede bei der Relevanz der Arbeitszufriedenheit zwischen Ost- und Westdeutsch-

Kasten 2

Regressionsanalyse

Multivariate Regressionsanalysen zeigen, ob und in welchem Ausmaß sich die Zuschreibungen für die untersuchten sozio-ökonomischen Merkmale der Befragten (*Ost-/Westdeutschland, Geschlecht, Alter, Bildung, Haushaltseinkommen und Parteipräferenz*) im Mittel unterscheiden, wenn alle anderen Merkmale konstant gehalten werden. Die in den Tabellen 2 und 3 wiedergegebenen Koeffizienten zeigen für den jeweiligen Indikator die durchschnittliche Abweichung der Wertungen im Vergleich zu Angehörigen der Referenzkategorie. So zeigt zum Beispiel für die Analyse *Arbeit* der Koeffizient von 0,54 für das Merkmal *Weiblich* an, dass Frauen die Bedeutung des Politikziels *Arbeit schaffen* im Schnitt etwa einen halben Punkt (auf der Skala von 0 bis 10) höher werten als Männer. Der nach oben gerichtete Pfeil verweist zudem auf eine signifikante Erhöhung dieses Unterschiedes seit 2013.¹

Gegenüber einer einfachen Darstellung von Mittelwerten bietet das Regressionsverfahren zwei praktische Vorteile. Zum einen können gruppenspezifische Unterschiede, bei statistischer Kontrolle für andere Einflüsse, unmittelbar auf *statistische Signifikanz* getestet werden: Koeffizienten, die auf einen nicht zufälligen Zusammenhang verweisen, sind durch einen Stern ($p < 5$ Prozent, *signifikant*), zwei Sterne ($p < 1$ Prozent,

¹ Da die Bedeutung der Indikatoren der Enquete-Kommission bereits im Jahr 2013 erhoben wurde, sind zu diesen Indikatoren Quervergleiche zwischen den Einflussstärken 2013 und 2017 durchgeführt worden. Sofern eine Veränderung von 2013 zu 2017 statistisch signifikant ($p < 5\%$) ist, kennzeichnet ein Pfeil in der entsprechenden Tabellenzelle die Richtung der Veränderung.

sehr signifikant) beziehungsweise drei Sterne ($p < 0,1$ Prozent, *hochsignifikant*) gekennzeichnet. Des Weiteren sind die Regressionskoeffizienten um den Einfluss anderer Strukturmerkmale statistisch bereinigt und können daher eher als genuiner Effekt des zugrunde liegenden Merkmals interpretiert werden als dies beim Vergleich einfacher Mittelwerten der Fall sein kann. Wenn zum Beispiel in Ostdeutschland mehr Menschen mit einem niedrigen Haushaltseinkommen leben und das Haushaltseinkommen einen Effekt auf die Bedeutungszuschreibung hat, dann wird deskriptiv die Bedeutung des Wohnorts überschätzt, während die Regressionsanalyse einen entsprechend bereinigten Koeffizienten für Ostdeutschland ausweist.

Die Erklärungskraft der Regressions-Modelle wird mithilfe der R^2 -Statistik beschrieben. Diese erfasst denjenigen Anteil der Variation in der abhängigen Variablen, der durch das Modell statistisch erklärt wird. In den vorliegenden Analysen liegt das R^2 für alle untersuchten Bereiche zwischen fünf und 13 Prozent der beobachteten Streuung der Bedeutungs-Zuschreibungen. Dies ist im Rahmen personenbezogener Analysen ein beträchtlicher Wert, der auf die Relevanz der einbezogenen persönlichen Merkmale verweist. Allerdings wird auch deutlich, dass ein Großteil der Variation in den Einschätzungen nicht durch die untersuchten Merkmale gebunden wird. Neben den analysierten sozio-ökonomischen Faktoren wännen wir insbesondere individuelle psycho-emotionale Dispositionen, Freizeitverhalten und Medienkonsum als wichtige Determinanten der Wertung.

land nahelegen, zeigen Regressionsanalysen, dass dieser Effekt vor allem auf ein niedrigeres Einkommen in Ostdeutschland zurückgehen dürfte. Die Befunde zu Artenvielfalt, Pendelreduktion und Ehrenamt bleiben hingegen erhalten. Besonders groß (und statistisch signifikant) sind die mittleren Unterschiede bei der *Pendelreduktion* (0,6 Skaleneinheiten). Dieser Unterschied mag als Indiz dafür gewertet werden, dass Strukturprobleme in Ostdeutschland zu spezifischen individuellen Lasten (zum Beispiel in Form langer Arbeitswege) geführt haben, die folglich ein konkretes Problembewusstsein ausbilden, welches wiederum als Auftrag an das politische System zurückgegeben wird.

Frauen neigen zu überdurchschnittlichen Relevanz-Zuschreibungen. Dieses Phänomen hat sich seit 2013 für viele Indikatoren noch verstärkt, wie die Pfeile in Tabelle 2 anzeigen. Der Geschlechterunterschied kommt dabei insbesondere bei Themen mit Nachhaltigkeitsbezug zum tragen (vergleiche Abbildung 3, rechtes Panel):

Im Vergleich zu Männern werden Erhalt der *Artenvielfalt* und Reduktion von *Treibhausgasen* von Frauen im Schnitt um deutlich mehr als einen halben Skaleneinheit wichtiger eingestuft. Bei der *Entwicklungshilfe* beträgt der Unterschied im Schnitt mehr als einen Skaleneinheit.

Allgemein ist der Altersbezug der Wertungen seit 2013 substanziell gesunken, sichtbar an der Richtung der Veränderungspfeile in Tabelle 2: Lag die durchschnittliche Wertung einer über 45-jährigen Person im Jahr 2013 noch etwa 0,6 Skaleneinheiten oberhalb der einer unter 30-jährigen, beträgt der Abstand der Durchschnittswertungen im Jahr 2017 weniger als 0,3 Skaleneinheiten. Neben der Reduktion von *Treibhausgasen* ist hiervon insbesondere der Wunsch nach Erhöhung des *Pro-Kopf Einkommens* betroffen. Ob dies eine stabile Entwicklung ist, können erst künftige Erhebungen zeigen.

Unter Konstanthaltung demographischer und ökonomischer Merkmale messen Personen mit Abitur allen

Tabelle 2

Determinanten der Wichtigkeit verschiedener Politikbereiche: Indikatoren der Enquete

OLS-Regressionsergebnisse 2017

| | Demokratie | Arbeit | Bildung | Schulden | Treibhausgase | Artenvielfalt | Einkommensverteilung | Pro-Kopf-Einkommen | Lebenserwartung |
|--|------------|----------|---------|----------|---------------|---------------|----------------------|--------------------|-----------------|
| Wohnort (Referenz: Westdeutschland) | | | | | | | | | |
| Ostdeutschland | -0,23 | 0,23 | -0,22 | 0,07 | -0,38* | 0,40* | 0,16 | 0,32 | -0,02↓ |
| Geschlecht (Referenz: Männlich) | | | | | | | | | |
| Weiblich | 0,29** | 0,54***↑ | 0,57*** | 0,32 | 0,77*** | 0,82***↑ | 0,26 | 0,63***↑ | 0,26 |
| Altersgruppe (Referenz: 18 bis 29 Jahre) | | | | | | | | | |
| 30 bis 44 Jahre | 0,02 | 0,03 | -0,41 | 0,57 | -0,04↓ | -0,01 | -0,25 | -0,70*↓ | -0,14 |
| 45 bis 59 Jahre | 0,25 | 0,04↓ | -0,32 | 0,62* | 0,05 | -0,03 | 0,02 | -1,04***↓ | -0,05↓ |
| 60 Jahre und älter | 0,29 | 0,55** | -0,28 | 0,39 | 0,36↓ | 0,11 | 0,23 | -0,85***↓ | 0,28 |
| Schulbildung (Referenz: Kein Abitur) | | | | | | | | | |
| Abitur | -0,20 | -0,59*** | -0,55** | -0,72*** | -0,22 | -0,19↑ | -0,38* | -0,74*** | -0,82*** |
| Haushaltseinkommen (Referenz: 0 bis 1500 Euro) | | | | | | | | | |
| 1500-3000 | 0,29* | 0,21 | -0,21 | 0,15 | 0,33 | 0,35 | -0,17↓ | -0,40↓ | -0,71** |
| 3000 und mehr | 0,37* | 0,25 | 0,06 | 0,35 | 0,36 | 0,25 | -0,15 | -0,37 | -0,90** |
| Wahlabsicht (Referenz: CDU/CSU) | | | | | | | | | |
| SPD | -0,17 | -0,09 | 0,17 | -0,40 | 0,35 | 0,63* | 0,66** | 0,62* | 0,26 |
| Bündnis 90/Die Grünen | -0,05 | 0,03 | -0,05 | -0,19 | 0,70* | 0,62 | 0,19 | -0,24 | -0,25 |
| FDP | 0,09 | -0,26 | -0,61 | 0,41 | -0,13↑ | -0,07↑ | 0,10 | -0,18 | -0,62 |
| Die Linke | 0,17 | 0,55* | 0,36 | -0,10 | 0,49 | 1,02* | 1,04** | 0,79* | 0,64 |
| AfD | -1,01*** | 0,31 | -0,17 | 0,07 | -0,63* | 0,86* | 0,79* | 0,33 | -0,11 |
| Nichtwähler | -0,83*** | 0,20 | 0,29 | 0,39 | -0,29 | 0,09 | 0,68* | 1,24*** | -0,73 |
| Sonstige | -0,33* | 0,01 | -0,11 | 0,21 | -0,01 | 0,24 | 0,44* | 0,24 | -0,18 |
| Konstante | 9,17*** | 8,30*** | 8,33*** | 6,79*** | 7,49*** | 6,88*** | 7,37*** | 7,98*** | 7,35*** |
| Fallzahl | 860 | 859 | 856 | 852 | 864 | 864 | 856 | 849 | 848 |
| R² | 0,068 | 0,090 | 0,045 | 0,045 | 0,070 | 0,055 | 0,045 | 0,102 | 0,058 |

* $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.

Aufsteigender/Absteigender Pfeil: Signifikanter ($p < 0,01$) Anstieg/Abstieg des Koeffizienten im Vergleich zu 2013.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von TNS Infratest (2013) und Kantar (2017).

© DIW Berlin 2017

Die Relevanz verschiedener Politikziele wird signifikant von sozio-demographischen Faktoren beeinflusst.

Wohlstandsindikatoren, wie schon 2013, eine unterdurchschnittliche Bedeutung zu. Menschen mit Abitur sind also – selbst wenn man ihren überdurchschnittlichen ökonomischen Status statistisch kontrolliert – gewissermaßen etwas gelassener als Menschen ohne Abitur. Ähnliches gilt für Einkommenseffekte. Auffällig ist hierbei, dass es insbesondere die Indikatoren am unteren Ende des Rankings sind, bei denen Einkommensunterschiede in den Wertungen besonders deutlich zutage treten. Möglicherweise wöhnen sich vermögendere Personen nicht von Mietsteigerungen betroffen (da sie oftmals Eigentum besitzen oder sogar als Vermie-

ter agieren) und sind zudem seltener auf den Nahverkehr angewiesen – beides Politikziele, die unter Hochkommensbeziehern um mehr als einen halben Skalenpunkt und statistisch signifikant niedriger liegen als bei Personen mit geringem Einkommen. Auffällig ist zudem, dass die Wertung von *Demokratieerhalt* als Politikziel in der unteren Einkommensgruppe, wie schon 2013, deutlich und statistisch signifikant unterdurchschnittlich ist.

Inhaltliche bedeutsame und statistisch signifikante Unterschiede weist die Analyse für die Anhängerinnen

Tabelle 3

Determinanten der Wichtigkeit verschiedener Politikbereiche: Indikatoren der Bundesregierung

OLS-Regressionsergebnisse 2017

| | Pflege | Kriminalität | Forschung | Vereinbarkeit | Wahlbeteiligung | Arbeitszufriedenheit | Mietbremse | Nahverkehr | Entwicklungshilfe | Ehrenamt | Pendelreduktion |
|--|---------|--------------|-----------|---------------|-----------------|----------------------|------------|------------|-------------------|----------|-----------------|
| Wohnort (Referenz: Westdeutschland) | | | | | | | | | | | |
| Ostdeutschland | -0,03 | -0,10 | 0,13 | 0,21 | -0,28 | 0,41 | 0,08 | -0,21 | -0,17 | -0,63* | 0,63* |
| Geschlecht (Referenz: Männlich) | | | | | | | | | | | |
| Weiblich | 0,47** | 0,42** | -0,24 | 0,56** | 0,57** | 0,44* | 0,68** | 0,33* | 1,12** | 0,25 | 0,39* |
| Altersgruppe (Referenz: 18 bis 29 Jahre) | | | | | | | | | | | |
| 30 bis 44 Jahre | 0,19 | 0,83** | -0,30 | 0,36 | -0,47 | -0,50 | -1,11** | -0,21 | -0,84* | -0,04 | -1,18** |
| 45 bis 59 Jahre | 0,25 | 0,33 | -0,28 | -0,02 | -0,45 | -0,34 | -0,43 | 1,09** | -1,03** | -0,08 | -0,83* |
| 60 Jahre und älter | 0,32 | 0,47* | 0,60* | -0,29 | 0,27 | 0,38 | -0,02 | 1,36** | -0,65* | 0,71* | -0,12 |
| Schulbildung (Referenz: Kein Abitur) | | | | | | | | | | | |
| Abitur | -0,57** | -0,79** | 0,29 | -0,23 | -0,36 | -0,42* | -0,46* | 0,11 | -0,34 | -0,24 | -0,45* |
| Haushaltseinkommen (Referenz: 0 bis 1500 Euro) | | | | | | | | | | | |
| 1500-3000 | -0,11 | 0,00 | -0,20 | -0,28 | 0,10 | -0,28 | -0,02 | -0,25 | -0,09 | -0,33 | -0,18 |
| 3000 und mehr | -0,24 | -0,08 | -0,17 | -0,30 | 0,23 | 0,17 | -0,78* | -0,57* | -0,13 | -0,59* | -0,36 |
| Wahlabsicht (Referenz: CDU/CSU) | | | | | | | | | | | |
| SPD | 0,03 | -0,13 | -0,34 | 0,63* | 0,62* | -0,15 | 0,09 | 0,31 | 0,25 | -0,01 | 0,61 |
| Bündnis 90/Die Grünen | -0,22 | -0,55* | -0,31 | 0,59 | 0,14 | -0,32 | 0,18 | 0,57 | 0,07 | -0,31 | 0,25 |
| FDP | 0,02 | -0,04 | 0,04 | 0,11 | 0,28 | -0,78 | 0,10 | -0,78 | -0,71 | -1,01* | -0,52 |
| Die Linke | 0,21 | -0,46 | -0,01 | 0,97* | 0,76 | 0,39 | 1,23* | 0,18 | -0,15 | -0,74 | 1,01* |
| AfD | -0,18 | 0,48* | -0,12 | 1,18** | -0,09 | 0,42 | -0,38 | -0,33 | -1,61** | -0,47 | 1,58** |
| Nichtwähler | -0,57* | 0,07 | -0,17 | 0,81* | -1,62** | 0,90* | 0,40 | 0,73 | -0,34 | 0,21 | 0,40 |
| Sonstige | 0,10 | -0,13 | -0,30 | 0,72** | -0,14 | 0,36 | 0,44* | 0,10 | -0,38 | 0,04 | 0,81* |
| Konstante | 8,79** | 8,66** | 8,05** | 7,19** | 7,70** | 7,32** | 7,52** | 6,33** | 7,45** | 6,98** | 6,06** |
| Fallzahl | 862 | 862 | 858 | 860 | 858 | 858 | 850 | 856 | 852 | 855 | 845 |
| R² | 0,094 | 0,104 | 0,063 | 0,062 | 0,086 | 0,063 | 0,134 | 0,115 | 0,119 | 0,066 | 0,091 |

* $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von TNS Infratest (2013) und Kantar (2017).

© DIW Berlin 2017

Die Relevanz verschiedener Politikziele wird signifikant von sozio-demographischen Faktoren beeinflusst.

und Anhänger verschiedener Parteien aus.¹⁴ Viele dieser Unterschiede sind dabei vor dem Hintergrund der politischen Grundausrichtung und mit Blick auf aktuelle Schwerpunktsetzungen der Parteien folgerichtig. So

¹⁴ Die Parteipräferenz wurde im Rahmen der Befragung über die sogenannte Sonntagsfrage gemessen: „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?“ Aufgrund der relativ geringen Anteile von Personen mit Präferenz für FDP und AfD in unserer Stichprobe liegt die Anzahl an verwertbaren Fällen in diesen beiden Kategorien unter 100. Dies relativiert die Belastbarkeit der Ergebnisse in den entsprechenden Kategorien und erklärt, weshalb selbst starke Abweichungen hier häufig keine statistische Signifikanz aufweisen.

werten Anhänger der SPD und der Linken das *Gleichheits-beziehungsweise Gerechtigkeitsziel* besonders hoch. Selbst unter statistischer Kontrolle des Wohnortes und des Einkommens wird dieses im Vergleich mit Anhängern der Unionsparteien im Schnitt um mehr als einen Skalenpunkt (Linke) beziehungsweise mehr als 0,6 Skalenpunkte (SPD) höher gewertet. Für Anhänger der Grünen sticht dagegen die Reduktion von Treibhausgasen deutlich als relevantes Politikziel hervor: Im Vergleich zu Personen mit Wahlabsichten für andere Parteien ist der Unterschied signifikant und beträgt 1,3 (im Vergleich zur AfD), 0,7 (CDU/CSU) und 0,4 (SPD) Skalenpunkte.

Prägnant ist zudem die unterdurchschnittliche Bedeutung, die Grünen-Anhänger dem Politikziel der Reduktion der *Kriminalität* zuweisen (die Unterschiede zu AfD und Unionsparteien sind wiederum statistisch signifikant). Die unterdurchschnittliche Wertung dieses Bereichs mag als Reaktion auf die Besetzung dieses Themas durch konservative und rechtsgerichtete Parteien und Strömungen gedeutet werden. Gleichwohl sei einschränkend erwähnt, dass auch Personen mit Präferenz für die Grünen die Bekämpfung von Kriminalität als eines der fünf wichtigsten Politikziele einstufen.

Erwartungsgemäß am höchsten fällt beim Thema Kriminalität die Wertung von Anhängern der AfD aus: Unter Kontrolle demographischer und sozio-ökonomischer Faktoren weisen diese dem Politikziel der Reduktion der *Kriminalität* im Schnitt eine um mehr als 0,5 Skaleneinheiten (und statistisch signifikante) höhere Bedeutung zu als Personen mit Präferenz für CDU/CSU, SPD und Grünen. Gleichzeitig ist die Wertung für *Entwicklungshilfe* deutlich unterdurchschnittlich – der (statistisch signifikante) durchschnittliche Unterschied zu Anhängern der Union und der SPD liegt bei etwa 1,5 Skaleneinheiten. Zudem sticht die deutlich unterdurchschnittliche Wertung des Politikziels *Demokratieerhalt* unter Personen mit AfD-Wahlabsicht ins Auge. Allerdings geben dem Politikziel des Demokratieerhalts immer noch knapp 75 Prozent aller Personen mit AfD-Präferenz die Höchstwertung. Daher wäre es unbotmäßig, der Anhängerschaft der AfD pauschal eine grundlegende Demokratieablehnung zu unterstellen. Diejenigen Personen, die den Demokratieerhalt als Politikziel niedrig werten, scheinen sich aber vermehrt bei der AfD zu sammeln¹⁵ – ein Phänomen, welches am linken Rand des politischen Spektrums nicht beobachtet werden kann.

Das Antwortprofil der Unionsanhänger wird dominiert durch ihre überwiegend unterdurchschnittlichen Wertungen. Zum Vergleich: Über alle Indikatoren liegt die durchschnittliche Relevanzzuschreibung einer Person mit CDU/CSU-Präferenz 0,3 Punkte unter der einer SPD-nahen Person (und wird dabei nur von den Wählerinnen und Wählern der FDP unterboten). Dieser Befund kann durchaus als grundlegende Orientierung für einen eher zurückhaltenden Staatsinterventionismus von Personen mit Unions- (und insbesondere FDP-)Präferenz verstanden werden. Auf den zweiten Blick lässt sich jedoch auch das konservative Profil der CDU/CSU-Anhängerschaft erkennen: Der Politikbereich *Staatsverschul-*

¹⁵ Diese Befunde stehen grundsätzlich im Einklang mit breiter angelegten Studien zu Zusammensetzung und Wertesystemen der AfD-Wählerschaft. Siehe Oskar Niedermayer und Jürgen Hofrichter (2016): Die Wählerschaft der AfD: Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie? Zeitschrift für Parlamentsfragen 47 (2), 267-285, sowie Martin Kroh und Karolina Fetz (2016): Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der Partei deutlich verändert. DIW Wochenbericht Nr. 34, 711-719.

dung wird, obgleich nicht statistisch signifikant, deutlich (um etwa einen halben Skaleneinheit) höher gewertet als unter Wählerinnen und Wählern der SPD. Zudem ist beim Politikziel der *Vereinbarkeit* der Abstand zur SPD (und auch zu den anderen Parteien) deutlich: Personen mit Präferenz für die Unionsparteien werten dieses, auf stärkere Erwerbsbeteiligung von Müttern abzielende Politikziel im Schnitt mehr als einen halben Skaleneinheit (und statistisch signifikant) niedriger als Wählerinnen und Wähler von SPD, Grünen und Linken.

Für die große Übereinstimmung zwischen parteipolitischen Leitbildern und Politikpräferenzen der Wählerinnen und Wählern gibt es mehrere Erklärungsmodelle aus der Wahlforschung. Zum einen ziehen Parteien mit ihrer inhaltlichen Ausrichtung Personen mit kongruenten politischen Präferenzen an. Umgekehrt geht die „alte Repräsentationsthese“ der politischen Systemlehre davon aus, dass Parteien das Potenzial ihrer Wähler und deren Präferenzen kennen und folglich bei der thematischen Schwerpunktsetzung berücksichtigen.¹⁶ Zudem erscheint aus sozialpsychologischen Erklärungsmodellen plausibel, dass Personen mit bestimmten parteipolitischen Präferenzen die Schwerpunktsetzung und Leitlinien ihrer Partei als Priorisierungsanker verwenden, sich „Verstärkungseffekte“ also durch die Reduzierung kognitiver Dissonanzen einstellen.¹⁷

Abschließend sei betont, dass, bei allen hier festgestellten Unterschieden, die Analyse zugleich auch den relativ großen Konsens in der Wertung von Politikzielen *zwischen* verschiedenen sozio-ökonomischen Gruppen zeigt. Kaum eine der untersuchten Merkmalsverteilungen offenbart Unterschiede in den Wertungen, die im Durchschnitt einen vollen Skaleneinheit überschreiten. Selbst bei der Parteienpräferenz lässt sich dies lediglich für Personen mit AfD- und Die Linke-Präferenz beobachten. Dementsprechend ist auch die Rangfolge der Ziele in allen gesellschaftlichen Teilgruppen relativ ähnlich; insbesondere die Priorisierung der Ziele des Demokratieerhalts, der Pflegeverbesserung, der Arbeitsförderung und der Kriminalitätsbekämpfung bilden einen großen Konsens innerhalb der Bevölkerung. Freilich ist *innerhalb* der

¹⁶ Einen Überblick zu den Wechselwirkungen zwischen parteipolitischer Ausrichtung und Wählerpräferenzen bietet Russell J. Dalton (1985): Political Parties and Political Representation: Party Supporters and Party Elites in Nine Nations. *Comparative Political Studies* 18: 267-299.

¹⁷ Das sozialpsychologisch fundierte Motiv der Dissonanzreduktion wird grundlegend beschrieben in Leon Festinger (2012): *Theorie der Kognitiven Dissonanz*. Bern. Untypisch erscheint die hohe durchschnittliche AfD-Wertung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Unter Kontrolle von Strukturmerkmalen ist diese höher als bei allen anderen Parteien. Die Unterschiede zur CDU und zur FDP sind dabei statistisch signifikant und betragen im Schnitt mehr als einen Skaleneinheit. Dies könnte daran liegen, dass AfD-AnhängerInnen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht durch bessere Betreuung, sondern eher durch die Unterstützung von Nichterwerbstätigkeit von Müttern realisiert sehen wollten.

Gruppen die Streuung der Bedeutungs-Zuschreibungen groß, insbesondere Abseits der wichtigsten vier Indikatoren. Diese Streuung unterstreicht nochmals die methodische Unmöglichkeit, einen aggregierten Gesamtindikator als Alternative zum BIP so zu berechnen, dass er den Präferenzen *aller* Menschen in Deutschland gerecht werden könnte.

Schlussfolgerungen

Das Pro-Kopf-Einkommen und damit das BIP hat in den Augen der Wahlberechtigten in Deutschland keine überragende Bedeutung. Im Gegenteil: Ergebnisse zweier jeweils im Januar 2013 und 2017 vorgenommener repräsentativer Erhebungen bei jeweils über 1 000 Wahlberechtigten in Deutschland zeigen, dass das BIP im Vergleich zum Erhalt der Demokratie eine deutlich geringere Priorität genießt. Auch die Verteilung von Einkommen und Vermögen wird als etwas wichtiger angesehen. Ähnlich hohe Wertungen wie dem Erhalt der Demokratie kommen nur der Sicherung der Qualität der Pflege, der Bekämpfung von Kriminalität und

der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit zu. Diese vier Ausdrucksformen von Wohlstand werden regionen-, geschlechts-, alters- und parteipräferenzübergreifend als wichtige politische Ziele anerkannt. Sie sind die mit Abstand bedeutsamsten und klar von der Verteilung der anderen Bereiche abgesetzt. Da diese Ziele aber auch, zu einem gewissen Grad, mit dem BIP und ökonomischem Wachstum zusammenhängen, wird es weiterhin entsprechende gesellschaftliche Diskussionen um die Bedeutung des BIP geben.

Trotz der Heterogenität individueller Bewertungsmuster liefert das erfragte Ranking somit deutliche Anhaltspunkte für die Beurteilung der Konkurrenzfähigkeit verschiedener politischen Agenden. Diese können, auf Grundlage unserer Ergebnisse, nur dann erfolgreich auf Mehrheiten im demokratischen Wettbewerb hoffen, wenn sie offensiv für den Erhalt der Demokratie eintreten, auf den zunehmenden Bedarf an Pflege in der alternden Gesellschaft Bezug nehmen und zudem ein klares Profil in der Sicherheits- und Beschäftigungspolitik aufweisen.

Marco Giesselmann ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) am DIW Berlin | mgiesselmann@diw.de

Nico A. Siegel ist CEO von Kantar Public Deutschland und Geschäftsführer bei infratest dimap | Nico.Siegel@kantarpublic.com

Thorsten Spengler ist Senior Consultant bei Kantar Public | Thorsten.Spengler@kantarpublic.com

Gert G. Wagner ist Vorstandsmitglied des DIW Berlin | gwagner@diw.de

JEL: B59, D63, H11, I32, Z18

Keywords: GDP, GDP and beyond, quality of life, Germany

This report is also available in an English version as DIW Economic Bulletin 9/2017:

www.diw.de/econbull





Juniorprof. Dr. Marco Giesselmann,
Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Infra-
struktureinrichtung Sozio-oekonomisches
Panel (SOEP) am DIW Berlin

INTERVIEW MIT MARCO GIESELMANN

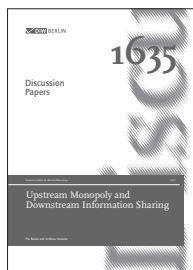
»Die Verbesserung der Pflegequalität ist für alle Altersgruppen von hoher Relevanz«

1. Herr Giesselmann, Sie haben untersucht, wie die Wahlberechtigten in Deutschland die Bedeutung verschiedener Politikziele im Jahr 2013 und Anfang dieses Jahres einschätzten. Nach welchen Politikzielen wurde gefragt? Wir haben zum einen nach direkten wirtschaftlichen Aspekten gefragt. Dazu gehören zum Beispiel das Pro-Kopf-Einkommen, aber auch Einkommens- und Vermögensindikatoren. Und wir haben soziale Aspekte abgefragt; dazu gehören beispielsweise die Erwerbstätigenquote, die Bildungsquote, die Lebenserwartung, aber auch der Erhalt von Demokratie. Ein dritter Bereich, der in der Befragung adressiert wurde, sind ökologische Aspekte, wie die Reduktion von Treibhausgasen und Stickstoffemissionen, sowie der Erhalt der Artenvielfalt.
2. Welche Politikziele waren den Wählerinnen und Wählern am wichtigsten? Es gibt vier Politikziele, bei denen es einen breiten Konsens innerhalb der Bevölkerung gibt. Das sind der Erhalt der Demokratie, die Bekämpfung von Kriminalität, die Verbesserung der Qualität der Pflege und die Schaffung von Arbeit. Durchgehend über alle Bevölkerungsschichten finden wir sehr hohe Zustimmungquoten von mehr als 90 Prozent, dass es sich hierbei um wichtige Leitlinien der Politik handeln sollte.
3. Den Menschen ist also nicht nur der wirtschaftliche Wohlstand wichtig? Ja und nein. Natürlich handelt es sich auch bei diesen Politikzielen indirekt um Ausdrucksformen von wirtschaftlichem Wohlstand, auf dem die Gewährleistung dieser Ziele ja maßgeblich beruht. Aber wenn man eine Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens als das Politikziel annimmt, welches am nächsten an diese Idee des wirtschaftlichen Wohlstands angebunden ist, dann finden wir in der Tat andere Ausdrucksformen von Wohlstand, die im Spiegel der Wählerinnen und Wähler als deutlich wichtiger beurteilt und eingeschätzt werden.
4. Inwieweit hat sich die Einstellung der Befragten in den vergangenen Jahren verändert? Was uns erstaunt hat ist, dass es eine hohe Stabilität in den durchschnittlichen Wertungen gibt. Die Ziele Schaffung von Arbeit und Erhalt von Demokratie waren bereits 2013 diejenigen, die sehr hoch gewichtet wurden. Auch die Reihenfolge der Politikziele hat sich im Wesentlichen nicht geändert. Bei zwei Politikzielen hat es jedoch statistisch signifikante Veränderungen in der Bedeutungszuschreibung der Wählerinnen und Wähler gegeben. Das ist zum einen das Ziel der Staatsschuldenreduktion, das vor vier Jahren als signifikant wichtiger gewertet wurde als das heute der Fall ist. Zum anderen ist es die Erhöhung der Bildungsquote, also Ausbildungsinvestitionen und die Förderung von Bildung, die zu unserer Überraschung heute nicht mehr ganz so hoch gewertet wird, wie das noch vor vier Jahren der Fall war.
5. Zwischen welchen gesellschaftlichen Gruppen gibt es die größten Unterschiede in der Gewichtung von Politikzielen? Es gibt zum einen die Unterscheidungsdimension Ostdeutschland und Westdeutschland. Insbesondere Politikziele, die in der Arbeitsumwelt von Personen gelagert sind, zum Beispiel die Pendelreduktion oder die Arbeitszufriedenheit, werden in Ostdeutschland als wichtiger anerkannt als das in Westdeutschland der Fall ist. Die zweite wichtige Unterscheidungsdimension sind Frauen und Männer. Das betrifft insbesondere die ökologischen, nachhaltigkeitsnotierten Politikziele, denen von Frauen eine deutlich größere Bedeutung zugesprochen wird als von Männern. Die dritte wichtige Unterscheidungsdimension ist die Parteilichkeit der Wählerinnen und Wähler, anhand derer wir ebenfalls konkrete Unterschiede in den Bedeutungszuschreibungen festmachen können.
6. Was ist für Sie das überraschendste Ergebnis? Am meisten überrascht hat uns die altersgruppenübergreifend hohe Gewichtung des Politikziels der Verbesserung der Pflegequalität. Das heißt, auch in jüngeren Generationen besteht ein starkes Problembewusstsein um die Versorgungslage im Alter. Dies mag überraschen, weil es ja hier insbesondere für junge Menschen um die Lebensbedingungen in einem Lebensabschnitt geht, der in relativ weiter Ferne liegt.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Discussion Papers Nr. 1635
2017 | Pio Baake and Andreas Harasser



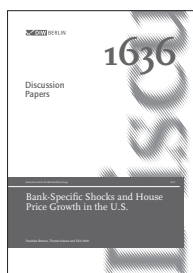
Upstream Monopoly and Downstream Information Sharing

We analyze a vertical structure with an upstream monopoly and two downstream retailers. Demand is uncertain but each retailer receives an informative private signal about the state of the demand. We construct an incentive compatible and ex ante balanced mechanism which induces the retailers to share their information truthfully. Information sharing can be profitable for the retailers but is likely to be detrimental for social welfare.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1636
2017 | Franziska Bremus, Thomas Krause and Felix Noth



Bank-Specific Shocks and House Price Growth in the U.S.

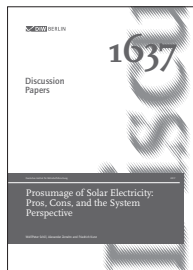
This paper investigates the link between mortgage supply shocks at the banklevel and regional house price growth in the U.S. using micro-level data on mortgage markets from the Home Mortgage Disclosure Act for the 1990-2014 period. Our results suggest that bank-specific mortgage supply shocks indeed affect house price growth at the regional level. The larger the idiosyncratic shocks to newly issued mortgages, the stronger is house price growth. We show that the positive link between idiosyncratic mortgage shocks and regional house price growth is very robust and economically meaningful, however not very persistent since it fades out after two years.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1637

2017 | Wolf-Peter Schill, Alexander Zerrahn and Friedrich Kunz



Prosumage of Solar Electricity: Pros, Cons, and the System Perspective

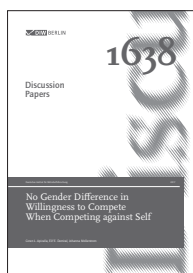
We examine the role of prosumage of solar electricity, i.e. PV self-generation combined with distributed storage, in the context of the low-carbon energy transformation. First, we devise a qualitative account of arguments in favor of and against prosumage. Second, we give an overview of prosumage in Germany. Prosumage will likely gain momentum as support payments expire for an increasing share of PV capacities after 2020. Third, we model possible system effects in a German2035 scenario. Prosumage batteries allow for a notable substitution of other storage facilities only if fully available for market interactions. System-friendly operation would also help limiting cost increases. We conclude that policymakers should not unnecessarily restrict prosumage, but consider system and distributional aspects.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1638

2017 | Coren L. Apicella, Elif E. Demiral and Johanna Mollerstrom



No Gender Difference in Willingness to Compete When Competing against Self

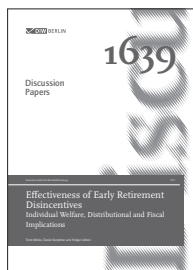
We report on two experiments investigating whether there is a gender difference in the willingness to compete against oneself (self-competition), similar to what is found when competing against others (other-competition). In one laboratory and one online market experiment, involving a total of 1,200 participants, we replicate the gender-gap in willingness to other-compete but find no evidence of a gender difference in the willingness to self-compete. We explore the roles of risk and confidence and suggest that these factors can account for the different findings. Finally, we document that self-competition does no worse than other-competition in terms

of performance boosting.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapier



Discussion Papers Nr. 1639
2017 | Timm Bönke, Daniel Kemptner and Holger Lüthen



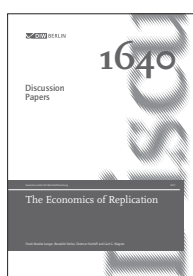
Effectiveness of Early Retirement Disincentives: Individual Welfare, Distributional and Fiscal Implications

In aging societies, information on how to reform pension systems is essential to policy makers. This study scrutinizes effects of early retirement disincentives on retirement behavior, individual welfare, pensions and public budget. We employ administrative pension data and a detailed model of the German tax and social security system to estimate a structural dynamic retirement model. We find that retirement behavior is strongly influenced by the level of disincentives. Further, disincentives come at the cost of increasing inequality and individual welfare losses. Still, net public returns are about three times as high as monetarized individual welfare losses. Our estimates also suggest that similar levels of net public returns, if achieved by indiscriminating pension cuts, are associated with individual welfare losses that are more than twice as high.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1640
2017 | Frank Mueller-Langer, Benedikt Fecher, Dietmar Harhoff and Gert G.



The Economics of Replication

Replication studies are considered a hallmark of good scientific practice. Yet they are treated among researchers as an ideal to be professed but not practiced. To provide incentives and favorable boundary conditions for replication practice, the main stakeholders need to be aware of what drives replication. Here we investigate how often replication studies are published in empirical economics and what types of journal articles are replicated. We find that from 1974 to 2014 less than 0.1% of publications in the top-50 economics journals were replications. We do not find empirical support that mandatory data disclosure policies or the availability of data or code have a significant effect on the incidence of replication. The mere provision of data repositories may be ineffective, unless accompanied by appropriate incentives. However, we find that higher-impact articles and articles by authors from leading institutions are more likely to be subject of published replication studies whereas the replication probability is lower for articles published in higher-ranked journals.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapier





Prof. Dr. Alexander S. Kritikos, Forschungsdirektor im Bereich Vorstand des DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Griechenland: Im neunten Jahr des Stillstands

Auf Athens zentralem „Platz der Verfassung“ wurde kurz vor Weihnachten ein Riesenrad aufgestellt, um den krisengeplagten BürgerInnen ein wenig Unterhaltung zu verschaffen. Allein, es wurde nicht in Betrieb genommen: Der griechische TÜV hatte keine Freigabe erteilt. So verbreitete für Wochen ein stilles Monster auf diesem lebendigen Platz gespenstische Stimmung, bevor es wieder abgebaut wurde.

Die Geschichte ist Sinnbild für das Ende des jüngsten Eurogruppen-Treffen. Obwohl die Freigabe der nächsten Tranche des dritten Hilfsprogramms seit Oktober letzten Jahres ansteht, bleiben Griechenland weitere Milliardenzahlungen erstmal vorenthalten. Die Regierung Tsipras hat zwar erneut die Steuern erhöht, die Gläubiger verlangen aber weitere Reformen etwa auf dem Arbeitsmarkt.

Das regungslose Riesenrad steht auch als Symbol für Griechenlands Wirtschaft. Die EU-Kommission verkündet zwar regelmäßig, der Wendepunkt sei erreicht, und stellt ein Wirtschaftswachstum von drei oder vier Prozent in Aussicht. Tatsächlich herrscht seit 2008 Stillstand, eine Blamage für die griechischen Regierungen wie für die EU und ihre Institutionen.

Die Verhandlungen zwischen den Verantwortlichen werden immer mühseliger. Eine wirkliche Vorstellung, wo Griechenland in fünf oder zehn Jahren stehen soll, hat niemand. In Brüssel möchte man das Thema weg von der Tagesordnung haben, dort steht „wichtigeres“ an. Und so lobt die Euro-Gruppe jede Verabschiedung weiterer Gesetzesvorhaben in Griechenland, seien sie auch noch so unsinnig – zum Beispiel die mehrfachen Erhöhungen zahlreicher Steuern. Hauptsache Griechenland produziert keine neuen Schulden sondern einen Primärüberschuss, egal, ob die private Wirtschaft dadurch erstickt. Auf griechischer Seite werden diese Reformen halbherzig durchgeführt und gleichzeitig verkündet, man glaube nicht an ihren Erfolg. Problem nur: Genau diese Regierung hat die Vereinbarungen ausgehandelt und unterschrieben.

Gleichzeitig droht neues Ungemach. Seit Jahresbeginn werden in Griechenland die Bankkonten wieder leer geräumt, bislang um knapp drei Milliarden Euro – ein klares Zeichen dafür, dass die Unsicherheit wieder zunimmt und Investitionen weiterhin ausbleiben. Aber die Gläubiger streiten lieber untereinander und mit Griechenland über die Beteiligung des Internationalen Währungsfonds (IWF) am Rettungsprogramm oder, mal wieder, über einen möglichen Schuldenschnitt. Kritische Diskussionen über Sinn und Unsinn der Reformen der letzten acht Jahren finden nicht statt.

Seit Jahren schwächelt zum Beispiel der griechische Bankensektor. Dort lagern rund € 100 Milliarden an so genannten „roten Krediten“, in erster Linie Immobilienkredite, die nicht mehr getilgt werden. Die Besteuerung von Immobilien sollte, so die Hoffnung der Gläubiger, eine neue Einnahmequelle für den griechischen Staat darstellen. Leider brach dadurch der ohnehin schon durch die Krise gebeutelte Immobilienmarkt völlig zusammen, das Vermögen vieler Menschen ist dahingeschmolzen. Eigentümer können ihre Immobilien nicht verkaufen, weil die Nachfrage völlig weggebrochen ist. Und so begleichen sie ihre Steuern, sofern sie das noch können, bedienen aber ihre Kredite nicht mehr. Der Staat nimmt Steuern ein, gleichzeitig entsteht aber im Bankensektor ein viel größeres Finanzierungsloch. Die Banken gewähren in der Folge Unternehmen kaum mehr Kredite, einer der vielen Gründe, warum die Wirtschaft weiter lahmt. Um das Wachstum anzukurbeln, müsste man die Immobiliensteuer drastisch senken.

Die Eurogruppe hat immerhin Bewegung in die Verhandlungen gebracht. Man möchte wieder miteinander, nicht übereinander reden. Die Gläubiger haben „mehr Reformen, weniger Austerität“ ausgerufen, vielleicht werden endlich die entscheidenden Reformen angegangen, die Griechenland hoffentlich ein zehntes Jahr des Stillstands ersparen.

Eine längere Fassung dieses Kommentars ist am 21. Februar bei Focus Online erschienen